

Seifenoper

HEIDI SCHULTE-WALTER

Jede Seifenoper verliert mal ihren Reiz. Am Anfang verfolgt man vielleicht amüsiert, vielleicht kopfschüttelnd, was sich die Protagonisten so unterstellen und wie sie sich gegenseitig beharken. Mit der Zeit aber lässt das Interesse nach, man beginnt sich zu langweilen, weil der Unterhaltungswert einfach zu gering ist.

So ähnlich verhält es sich mit den Geschehnissen an der Ettlinger Rathauspitze, wo die „Soap“ aus der Ära Gabriela Büssemaker eine Fortsetzung gefunden hat. Die so genannte „Mobbing-Affäre“ um die Justiziarin und damit verbunden ein an Deutlichkeit kaum zu überbietender Amtsleiterbrief haben dafür gesorgt, dass öffentlich wurde, was im Verborgenen schon jahrelang schwebte. Spätestens seit November 2016 weiß die ganze Stadt und wissen es viele Menschen in der Region, dass Bürgermeister Fedrow und OB Johannes Arnold überhaupt nicht mehr miteinander können.

Gegenseitige Vorwürfe sind seither an der Tagesordnung. Briefe beider Seiten, auch an die Gemeinderatsfraktionen, Statements schriftlicher

Kommentar

und mündlicher Art, mal in der Zeitung mal im Rundfunk oder Fernsehen, legen Zeugnis darüber ab.

Dabei macht das ganze Hickhack überhaupt keinen Sinn mehr. Thomas Fedrows Zeit als Beigeordneter im Ettlinger Rathaus läuft ab, auch wenn er das (vielleicht) nicht sehen mag. Seine Parteifreunde von der CDU haben ihn zu Jahresbeginn mit einstimmigem (!) Beschluss fallen gelassen. Sie haben die Nase voll von den ewigen Zwistigkeiten in der Verwaltung. Und dass sich im Dezember jenseits der Christdemokraten eine Mehrheit ausgerechnet für den umstrittenen Bürgermeister findet, ist auszuschließen.

OB Johannes Arnold könnte sich also gelassen in seinem Amtssessel zurücklehnen. Wozu noch Klarstellungen, Richtigstellungen, Pressemitteilungen in der Sache? Bringen nix, weil sie nur wieder reflexartige Gegenreaktionen hervorrufen. Und Beschwerden beim Regierungspräsidium? Einfach abhaken.

Der Zuständigkeitsbereich des Beigeordneten ist inzwischen stark beschnitten, die Termine, die er in Vertretung des Oberbürgermeisters wahrnimmt, sind zahlenmäßig sehr überschaubar. Johannes Arnold kann die wenigen Monate mit Thomas Fedrow im Rathaus getrost aussitzen. Er könnte sich auch ein Maßband kaufen, wie das früher bei Wehrpflichtigen üblich war, und sich über jeden dort abgeknipsten Tag einfach freuen.

Mehr Produktionsfläche für 15 Millionen Euro

Hermann Ultraschall investiert am Standort / Künftig 17 100 Quadratmeter / 100 neue Arbeitsplätze

Von unserem Mitarbeiter
Gustl Weber

Karlsbad-Ittersbach. Vom Kleinbetrieb zum Global-Player als Familienunternehmen – so könnte man die Entwicklung des Ultraschall-Schweißspezialisten „Hermann Ultraschall“ im Ittersbacher Industriegebiet „Stöckmädle“ umreißen. Und die Produktionsfläche wird nun durch eine Millioneninvestition erheblich erweitert.

Seniorchef Walter Herrmann und seine Frau Ingeborg, die seit vielen Jahren in Pforzheim leben, haben 1973 mit einem

Freude über „Standortsicherung“

markanten Neubau den Stammsitz des heutigen Weltmarktführers in Ittersbach gegründet. Der Ursprung des Unternehmens reicht allerdings zurück ins Jahr 1961 als Walter Herrmann im Einfamilienhaus in Ötisheim und später in der Malerwerkstatt des Onkels in Langensteinbach die ersten leistungsfähigen Maschinengeneratoren baute.

Am Ittersbacher Stammsitz folgte bereits im Jahr 2000 die erste Erweiterung und 2008 ein weiterer Bauabschnitt, mit einer Gesamtbetriebsfläche von dann rund 9 500 Quadratmetern. Mit dem Spatenstich für den vierten Bauabschnitt setzt das Unternehmen „einen weiteren Meilenstein“; wie Juniorchef Thomas Herrmann, der nach seinem USA-Aufenthalt seit zehn Jahren als Vorsitzender der Geschäftsführung Verantwortung trägt, betonte. Die Betriebsfläche wird mit einem Investitionsvolumen von rund 15 Millionen Euro auf künftig 17 100 Quadratmeter erweitert. Bauzeit ist ein Jahr.

Das Unternehmen hat sich durch beispielhafte Innovation und Lösungskompetenz rund um das Thema Ultraschallschweißtechnik für Kunststoffe zum



FÜR DIE NACHWELT: Vor dem Spatenstich wurden eine Widmung, Tageszeitungen, Münzen und Pläne in eine Tonröhre verpackt und dann eingemauert. Von links Andreas Zipperle, Rudolf Harsch und Ullrich Maither, Sabine Herrmann-Brauss, Astrid Herrmann, Thomas Herrmann, Markus Öchsle, Ingeborg Herrmann, Gert Adler, Walter Herrmann und Bürgermeister Jens Timm. Foto: Weber

weltweiten Leistungsführer entwickelt. Mit den Produkten lassen sich Kunststoffe verschweißen, Verpackungen verschließen oder Fließstoffe mehrlagig verbinden. Der Anwendungsbereich der Geräte des Unternehmens umfasst laut Thomas Herrmann Produkte von der Baby-Windel, dem Tetra-Pack, dem Playmobil-Elefanten oder der Maske für den Lackierer, bis zum weiten Feld der Produkte in der Autoindustrie. Am

Stammsitz in Ittersbach beschäftigt man rund 330 Mitarbeiter, nach Fertigstellung des Erweiterungsbaus sollen 100 weitere Arbeitsplätze entstehen. Hinzu kommen rund 70 Beschäftigte in den Zweigstellen in den USA; China und Japan. Das jährliche Umsatz liegt bei 65 Millionen Euro.

Gert Adler, stellvertretender Geschäftsführer der IHK Karlsruhe, betonte Hermann Ultraschall als „Vorzei-

ge-Mittelständler mit einem ganz besonderen, familiär geprägten Unternehmertum“. Solche Firmen seien das beste Aushängeschild der Technologie-Region Karlsruhe. „Wir sind sehr froh, dieses Vorzeigeunternehmen in Karlsbad zu haben“, betonte Bürgermeister Jens Timm. Mit der erneuten Erweiterung der Betriebsstätte könne man auch von einer „wichtigen Standortsicherung“ in Ittersbach sprechen.

„Unwahrheiten im Raum“

OB Arnold reagiert auf Schreiben von Thomas Fedrow

ner Zeit ein Mobbing des Bürgermeisters gegenüber der Justiziarin erlebt zu haben. Die Aktenvermerke, die ihm,

Arnold, vorlägen, seien aber „anderslautend“. Die betroffenen Mitarbeiter hätten sich bereit erklärt, „im weiteren Verlauf des Verfahrens Aussagen machen zu wollen“, würden dieses aber zunächst abwarten. Beim Regierungspräsidium liegt eine Dienstauf-

sichtsbeschwerde gegen Fedrow durch den Anwalt der Justiziarin vor. Die Behörde in Karlsruhe ist jetzt Herr des

Verfahrens, führt die Ermittlungen. Er gehe von einer „fairen Aufarbeitung“ dort aus; diese sei sinnvoller als die von Fedrow in den Raum gestellte Mediation.

Im Schreiben Arnolds an den Bürgermeister, das den BNN vorliegt, heißt es

„Andauernde Störung des Betriebsfriedens“

wörtlich: „Zwischen welchen Personen hätte diese Mediation denn durchgeführt werden sollen? Zwischen Ihnen und mir? Sie verweigern seit beinahe zwei Jahren jede direkte Kommunikation mit mir...“ Dennoch bietet er „erneut ein Gespräch an...“, falls Sie hieran Interesse haben...“

Schwerer als die Vorgänge um die Justiziarin, die sich – wie berichtet – psychischem Druck durch Fedrow ausgesetzt sah und einige Zeit krank geschrieben war, wiegt für Johannes Arnold die „seit Jahren andauernde Störung des Betriebsfriedens, die eine effektive und effiziente Arbeit zum Wohl der Stadt massiv behindert.“ Dies sei auch der eigentliche Anlass für den Amtsleiterbrief. ■ Kommentar

„Wo sind die großen Blumenwiesen geblieben?“

Gefährdete Tier- und Pflanzenwelt: Ausstellung „Verbundene Landschaft – Lebendige Vielfalt“ im Rathaus

Von unserem Redaktionsmitglied
Rainer Obert

Ettlingen. Dass für Pflanzen- und Tiervielfalt große Gefahren bestehen, verdeutlicht die neue Ausstellung „Verbundene Landschaft – Lebendige Vielfalt“, die jetzt im Ettlinger Rathaus eröffnet wurde. Bei der Vernissage wurde auch deutlich, an welchen „grünen Fronten“ der Biotopverbund Ettlingen arbeitet oder noch Verbesserungsbedarf hat.

Warum diese Ausstellung besuchen? Sie liefert auf diversen bunten Stellwänden anschaulich interessante Zahlen und Fakten zur Situation der Biotope und der dortigen Flora und Fauna. Beispielsweise, dass 40 Prozent der Tier- und Pflanzenarten in Baden-Württemberg bestandsgefährdet sind. Oder dass rund die Hälfte der 281 Biototypen gefährdet oder auf der Vorwarnliste steht.

„Das Thema Biotopverbund ist wichtiger denn je“, erklärte Bürgermeister Thomas Fedrow, der insbesondere auch höhere Schulklassen in die Ausstellung locken will. „Wo sind die großen Blumenwiesen geblieben? Wo

das große Konzert der Vögel am Morgen?“ Die Frage stellte Katharina Eichler vom Vorstand des Bund für Umwelt und Naturschutz in Ettlingen. Der BUND Ettlingen präsentiert die Wanderausstellung. Was in den letzten 50 bis 60 Jahren auch in der Region um Ettlingen passiert ist, sei alarmierend. Durch den Straßen- und Siedlungsbau verliere



GRÜN UND INFORMATIV: Die Ausstellung des BUND im Ettlinger Rathaus informiert eingehend zum Thema Biotopverbund und zeigt auch gelungene Beispiele aus Baden-Württemberg. Foto: rob

Baden-Württemberg täglich natürliche und naturnahe Flächen in der Größe von siebeneinhalb Fußballfeldern. Die Anstrengungen des „Biotopverbund Offenland“ werden an den Stellwänden auch mit praktischen Beispielen dargestellt, der gegen weitere Verinselung der Lebensräume von Tieren und Pflanzen stark macht, in denen die Populationen

unter Umständen verkümmern. Man müsse die Lebensräume wieder verbinden, um die Arten zu schützen, so Eichler. Dass die Stadt Ettlingen hier durchaus aufgeschlossen sei, erklärte Umweltkoordinator Peter Zapf. Die Realisierung von Naturprojekten sei oft auch davon abhängig, ob man Fördertöpfe anzapfen kann. Ettlingen habe im Wald

– der rund 60 Prozent der Fläche ausmache – einiges umgesetzt, etwa das Totholzkonzept. Noch sensibler gehe es in den naturräumlichen Bereichen der feuchten Kinzig-Murg-Rinne, Malcher Landgraben und der Ortenau-Bühler-Vorbergzone mit ihren Löffeldern bis hin zum Robberg. Schon jetzt verhindert teils die Bebauung eine Durchgängigkeit für die dort vorkommenden Arten. „Bund und Land interessieren sich da bei uns als Große Kreisstadt nicht, wir müssen uns selber kümmern“, so Zapf. Zur Biotopverbund gehöre auch die Alb. Die Stadt plane eine Fischtrappe am Rathauswehr, um für Wanderfische flussaufwärts nicht weiter Sackgasse zu sein. Ein Umbau wäre jedoch möglich. Und was ist mit zwei weiteren Wehren im Bereich Spinnerei/Weberei. Hier sei das nächste unüberwindbare Hindernis. Mit diesen werde über Stromgewinnung gutes Geld verdient. Weiter flussaufwärts gibt es laut Zapf keine weiteren Barrieren, sei das Land doch mit der Alb-Fischtrappe bei Fischweier schon in Vorlage gegangen.

Service

Die Ausstellung „Verbundene Landschaft – lebendige Vielfalt“ ist im historischen Rathaus bis zum 24. Februar bei freiem Eintritt zu besichtigen. Montags bis donnerstags von 9 bis 12 Uhr und 13.30 bis 15.30 Uhr zu sehen. Freitags von 9 bis 12 Uhr. Info im Internet: www.bund-biotopverbund.de.

Gambier in Obhut der Kirche

Karlsbad (kdm). Ein 20-jähriger Gambier, ein Flüchtling, dem die Abschiebung nach Italien droht, wurde in Spielberg in kirchliche Obhut („Kirchenasyl“) genommen. Wie die BNN berichteten, macht der junge Mann eine Ausbildung im Naturkostmarkt „Göpi“ in Langensteinbach. Er lernt Einzelhandelskaufmann.

Unlängst erhielt der Flüchtling einen Brief vom Regierungspräsidium Karlsruhe (RP), in dem seine Abschiebung nach Italien angekündigt wurde. Italien deswegen, weil er dort als Flüchtling registriert wurde und somit das südliche Land für das Asylverfahren zuständig ist. Da die Abschiebung unmittelbar droht, hat sich der evangelische Kirchengemeinderat in Spielberg für die kirchliche Inobhutnahme ausgesprochen. Darüber wurde laut Pfarrer Theo Breisacher das RP informiert, das sich daraufhin mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BaMF) in Verbindung setzte. Als „widersinnig“ beurteilte der Kirchengemeinderat die geplante Abschiebung nach Italien, da der Gambier für eine „gelungene Integration“ stehe. Es wurde ein Antrag an das BaMF gestellt, das Asylverfahren möge hier durchgeführt werden; oder wenigstens sollte der junge Mann seine Ausbildung zu Ende bringen dürfen. Wir werden jetzt abwarten, wie das BaMF entscheidet“, so Pfarrer Breisacher gegenüber dieser Zeitung. Der 20-jährige Gambier lebt zurzeit in einem Kirchengebäude. Die BNN versuchten gestern Abend noch eine Stellungnahme des Bundesinnenministeriums zum vorliegenden Fall zu erhalten. Thomas de Maijzère, selbst praktizierender evangelischer Christ, hatte sich mehrmals kritisch zum „Kirchenasyl“ geäußert.